

SPÖ unter Druck: Forderung nach Soforthilfe für Pensionisten wächst!

Die FPÖ kritisiert die SPÖ wegen geplanter Pensionskürzungen und fordert sofortige Rentenerhöhungen inmitten der hohen Inflation in Österreich.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der politische Streit um die Pensionen in Österreich spitzt sich weiter zu. FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz hat vehement die Sozialdemokraten (SPÖ) angegriffen, die, seiner Meinung nach, die Pensionisten verraten haben. Er kritisierte die SPÖ für die geplanten Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge, die seiner Aussage zufolge vor allem die Pensionisten treffen sollen. Laut Schnedlitz ist die FPÖ nicht verantwortlich für die misslichen Entscheidungen der SPÖ und betont, dass die Freiheitlichen im Falle einer Regierungsbeteiligung sämtliche Pensionskürzungen sofort zurücknehmen werden, um den betroffenen Rentnern eine starke Stimme zu geben, wie **ots.at**

berichtet.

Forderungen nach schneller finanzieller Hilfe

Angesichts der anhaltend hohen Inflation in Österreich, die im ersten Halbjahr 2025 im Durchschnitt bei 9,65 Prozent liegt, hat die SPÖ unter ihrem Vorsitzenden Andreas Babler eine sofortige Erhöhung der Pensionen um fünf Prozent gefordert. Die durchschnittliche Alterspension beträgt derzeit 1.632 Euro, während die Anpassungen in den letzten Jahren deutlich hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind. Dies führt dazu, dass viele Rentner Schwierigkeiten haben, ihre Grundbedürfnisse zu decken. Babler fordert: „Unsere Pensionistinnen und Pensionisten sind keine Bittstellerinnen und Bittsteller.“ Für eine Pension von 1.600 Euro würde dies eine monatliche Zusatzleistung von 80 Euro bedeuten, wie **spoe.at** darlegt.

Der SPÖ-Vorschlag sieht vor, dass diese Erhöhung rückwirkend ab Juli 2023 gilt und culminiert in einer weiteren Anhebung im Jänner 2024. Babler fordert die Regierung auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und den Pensionisten die Angst vor finanziellen Engpässen zu nehmen, da viele von ihnen nicht mehr wissen, wie sie ihre grundlegenden Ausgaben für Wohnen, Energie und Lebensmittel stemmen sollen. Der politische Druck auf die Regierungsparteien wächst, und die SPÖ kündigte an, weiterhin für ihre Forderungen einzutreten und die vorgezogene Pensionserhöhung ins Gespräch zu bringen, nachdem frühere Anträge von ÖVP und Grünen abgelehnt wurden.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.spoe.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at